

Mehr als der „lange Arm der Hierarchie“

Warum gerade christliche Laien in einer freiheitlichen Gesellschaft dazu aufgerufen sind, ihren Glauben auch politisch wirksam werden zu lassen

VON MARTIN GRICHTING

Man kann nicht nicht politisch sein. Denn auch angesichts politischer Vorgänge zu schweigen, ist eine Form der politischen Stellungnahme. Insofern könnte man die Frage, ob das Christentum politisch sein dürfe oder solle, als sinnlos betrachten. Freilich ist das nicht so. Denn es stellt sich auch die Frage, was „Christentum“ bedeutet. Dieser Begriff kommt in seiner Reinform im täglichen Leben nicht vor. Die Frage nach „Christentum und Politik“ ist deshalb die Frage, wie sich Christen sowie die Glaubensgemeinschaft, der sie angehören, politisch verhalten sollen. Im Folgenden kann es nur darum gehen zu fragen, was dies für die römisch-katholische Kirche bedeutet.

Gerade wenn es um Politik geht, wird nicht selten die Kirche stillschweigend mit einem ihrer Teile gleichgesetzt: Die Kirche ist die Hierarchie. Dann folgt die Debatte, was die Kirche – verstanden als der Papst, die Bischöfe und im Namen der Kirche handelnde Laien – für eine Rolle in der Politik spielen sollen. In dieser Weise verengt ist die Frage jedoch nicht angemessen zu beantworten. Denn Kirche sind alle, diejenigen, welche das Weihesakrament empfangen haben, wie auch die Getauften und Gefirmten, die Laien also.

Dass die Kirche auf die Hierarchie reduziert wird, stellt eine Last ihrer Geschichte dar. Denn die Kirche wurde über Jahrhunderte, wenn es um die Politik ging, faktisch fast nur von ihrer Hierarchie vertreten. Die heute noch sprichwörtliche „Allianz von Thron und Altar“ zeugt davon. Sie hatte ihren Grund darin, dass seit den Zeiten des Feudalismus die Gesellschaft in Ständen organisiert war: Klerus, Adel und Volk. Die ersten beiden gaben politisch den Ton an. Der Adel bestand zwar im Wesentlichen aus Laien. Aber wenn diese Laien als Könige, Herzöge oder Richter politisch handelten, taten sie es meist mehr im Bewusstsein, Politiker zu sein, denn als Laien, die auch die Kirche repräsentieren. Das Kirchliche hatte der Stand der bestallten Gottesdiener in die Politik einzubringen.

Diesem Denken sind nicht wenige, auch innerhalb der Hierarchie, bis heute verhaftet. Das ist so, obwohl sich politisch die Dinge seit dem 19. Jahrhundert massiv verändert haben. Denn nach der Französischen Revolution wurde nicht nur in Frankreich die Ständegesellschaft aufgelöst. In den Demokratien, die auf den Ständestaat folgten, fällt es seither den Bürgern zu, zu denen später die Bürgerinnen gestoßen sind, politisch zu sein.

Das Zweite Vatikanische Konzil war die Antwort auf diese neuzeitliche Wende weg vom mittelalterlichen Feudalismus hin zur liberalen, offenen Gesellschaft, die vom Individuum ihren Ausgang nimmt und ihm dienen soll. Die Reform der Kirche bestand deshalb auch darin, eine neue kirchliche Sozialform zu finden, die in der veränderten politischen Lage wieder wirksam sein konnte. Denn schon länger konnten die politischen Fragen

nicht mehr von Klerus und Adel im Hinterzimmer geregelt werden. Natürlich gab es weiterhin den Papst und den Staatspräsidenten, den Bischof und den Minister, und auf beiden Seiten Diplomaten. Aber hinzugekommen waren jetzt eben die Bürgerinnen und Bürger als politische Größe. Denn sie sind es, die über die Zusammensetzung der Parlamente und – mehr oder weniger direkt – über die Richtung der Politik entscheiden.

Man kann den ersten Versuch der Kirche, auf die demokratische Welt zu reagieren, darin sehen, dass unter Papst Pius XII. den Laien, etwa denjenigen, die in der Katholischen Aktion organisiert waren, gesagt wurde, sie seien der „lange Arm der Hierarchie“. Sie seien also gehalten, politische Weisungsempfänger der Hierarchie zu sein, da diese ja nun (leider) nicht mehr direkt in der Politik wirksam sein könne.

Den Vätern des Zweiten Vatikanums war dann jedoch bewusst, dass die Kirche, wenn sie fortan das politische Parkett betreten wollte, dem dort geltenden Primat des Individuums würde Rechnung tragen müssen. Nicht um die Demokratisierung der Kirche sollte es dabei gehen, sondern um eine neuartige Form der Arbeitsteilung. Aufgabe der Hierarchie sollte es fortan primär sein, „in persona Christi“, amtlich, den Glauben zu verkünden, die Sakramente zu spenden, die Kirche zu leiten und damit die Laien in ihrer Sendung geistlich zu unterstützen. Nicht dass die Hierarchie dies nicht vorher schon getan hätte. Aber es sollte nun gelten: „Die gerechte Freiheit, die allen im irdischen bürgerlichen Bereich zusteht, sollen die Hirten sorgfältig anerkennen“ (Lumen Gentium, 37). Nur dort, wo sich die christliche Glaubenslehre, zu deren Verkündigung die Hierarchie bestellt ist, unmittelbar mit politischen Fragen berührt, im Bereich der Grundrechte sowie der Menschenwürde, sollte sie direkt politisch in Erscheinung treten.

Darüberhinausgehend sollte die Hierarchie die „gerechte Freiheit“ aller, auch der katholischen Laien, anerkennen. Diese sollten also in den meist komplexen tagespolitischen Fragen nicht als ausführende Organe ihrer Hirten wirken, sondern selbstständig tätig sein. Diese Arbeitsteilung hat auf indirektem Weg eine theologische Innovation mit sich gebracht: die leider oft falsch verstandene „Mündigkeit des Laien“. Diese besteht nicht darin, die Laien zur Co-Leitung der Kirche zu ermächtigen. Die Rede von der Mündigkeit bezieht sich vielmehr primär auf den politischen Bereich.

Ein Weiteres kommt hinzu: Durch das Zweite Vatikanum hat die Kirche neuerdings betont, dass es eine „Autonomie der irdischen Wirklichkeiten“ gibt, zu denen auch die Politik gehört. Die Welt ist nicht erst aufgrund der göttlichen Offenbarung geordnet, sondern bereits aufgrund der Gesetze, die der Schöpfer in sie hineingelegt hat. Diese Gesetze soll der Laie durch seine Vernunft in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Kultur oder Medien erkennen. Und die Kirche traut und mutet ihm dann zu, dass er in diesen Wirklichkeiten den christlichen Glauben sowie dessen ethische Forderungen zur Anwendung bringt, im eigenen Namen, als Getaufter, aufgrund seines christlich geprägten Gewissens – und auch politisch als Bürger. Dem Zweiten Vatikanum war dabei bewusst: Solches Tun ist nicht eine profane Nebenbeschäftigung der Christen, als wären nur der Besuch des Gottesdienstes

sowie das Gebet Ausdruck ihres Christseins. Nein, dieses Wirken in einer oft gottfernen Welt ist Teilhabe am dreifachen Amt Christi und damit an der Sendung der Kirche. Denn in der Welt kann und muss der Laie Prophet sein, indem er den Glauben in seinem Lebensumfeld verkündet. Er ist „König“, indem er das Reich Gottes ausbreitet. Denn jede noch so alltägliche Handlung trägt, wenn sie gemäß dem Willen Christi geschieht, zur Ausbreitung seines Reiches bei. Und wenn ein Laie das, was er zu tun und zu erdulden hat, bewusst als Christ durchlebt, also Gott aufopfert, hat er Teil am priesterlichen Amt Christi.

Im vierten Kapitel von „Lumen Gentium“ (Nr. 30–38) hat es das Zweite Vatikanische Konzil unternehmen, diese Mündigkeit in politischen Fragen zu umschreiben. Es hat dadurch zugleich die Grundlage für eine erneuerte Spiritualität der Laien unter den Bedingungen der Neuzeit geschaffen.

Was bleibt da dem Papst und den Bischöfen zu tun übrig, wenn es um die politische Sendung der Kirche geht? Der Philosoph und Staatsmann Alexis de Tocqueville (1805–1859) hat es schon über hundert Jahre vor dem Zweiten Vatikanum erkannt: „Ich verlange nicht von den Priestern, denen die Erziehung der Menschen aufgetragen ist oder auf die sie Einfluss haben, diesen Menschen die Gewissenspflicht aufzuerlegen, die Republik oder die Monarchie zu bevorzugen. Aber ich wünsche, sie möchten ihnen öfter sagen, dass sie gleichzeitig zur Tatsache, dass sie Christen sind, einer der großen menschlichen Vereinigungen angehören, die Gott zweifellos eingerichtet hat, um die Bande sichtbarer und wahrnehmbarer zu machen, welche die Individuen aneinanderbinden. Es sind die Vereinigungen, die Völker heißen und deren Territorium man Heimatland nennt. Diesem Kollektiv gegenüber ist es nicht erlaubt, in Gleichgültigkeit zu verfallen. Denn alle sind verpflichtet, beständig für dessen Gedeihen zu arbeiten.“ Statt tagespolitischer Botschaften sollten die Laien also von ihren Hirten öfter die Ermutigung aus dem unverkürzt verkündeten Glauben hören, ihre kirchliche und damit zugleich ihre politische Sendung eigenverantwortlich zu leben. **Prälat Dr. Martin Grichting war Generalvikar des Bistums Chur. Von ihm ist zuletzt erschienen: Religion des Bürgers statt Zivilreligion. Zur Vereinbarkeit von Pluralismus und Glaube im Anschluss an Tocqueville. Schwabe Verlag, Basel 2024.**



Der Reichsapfel des Heiligen Römischen Reiches (Weltliche Schatzkammer, Wien)



Thron Karls des Großen im Aachener Dom